

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

31.05 – 07.06 2024

FOKUS EUROPAWAHLEN

Senatspräsident Gérard Larcher, dessen Name als möglicher Premierminister für eine Regierungsumbildung nach den Europawahlen kursierte, versicherte bei einem Gruppentreffen mit den Senatoren der Républicains (LR), dass er „nicht der Premierminister von Emmanuel Macron“ sein wolle. „Ich möchte heute eine Reihe von Gerüchten ausräumen, deren Ursprung bekannt ist und die darauf abzielen, unser Lager im Vorfeld der Europawahlen zu schwächen“, sagte er und versicherte, dass sein Engagement an der Seite des LR-Spitzenkandidaten François-Xavier Bellamy „total“ sei.

Kurz vor den Europawahlen flog Marion Maréchal nach Italien, um sich mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni auszutauschen. Eine halbe Stunde lang sprachen die beiden Frauen über die möglichen Fraktionsbildungen im Europäischen Parlament. Renconquête! wird nach aktuellen Umfragen voraussichtlich über den notwendigen 5 %-Stimmenanteil kommen und somit ins Parlament einziehen. Die Europaabgeordneten werden dann in der ECR-Fraktion sitzen, in der derzeit auch Fratelli d'Italia (Partei von Giorgia Meloni) und der Fidesz (Partei von Viktor Orban) vertreten sind.

Drei Tage vor der Wahl festigt laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos die von Jordan Bardella angeführte Liste des Rassemblement National ihren ersten Platz mit 32% der Wahlabsichten. RN vergrößert seinen Abstand zu der von Valerie Hayer geführten Liste Renaissance weiter, die im Vergleich zur letzten Umfrage von Mitte Mai 0,5 Prozentpunkte verliert und nunmehr bei 15,5% liegt. Es folgen die Parti socialiste mit 13,5%, die Linkspopulisten von La France insoumise mit 9%, die Républicains mit 7% der Wahlabsichten. Die Grünen und die rechtsextreme Partei Reconquête liegen mit 6 bzw. 5,5% knapp über der 5%-Hürde.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

An der Feier zum 80. Jahrestag des D-Days in der Normandie nahmen neben US-Präsident Joe Biden, Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sowie Großbritanniens König Charles III. und das niederländische Königshaus teil. Vertreter Russlands wurden anders als zunächst geplant angesichts des Ukraine-Kriegs nicht zu dem Gedenken eingeladen.

US-Präsident Joe Biden wird am 8. Juni nach den Gedenkfeiern zum 80. Jahrestag der Landung in der Normandie seinen ersten Staatsbesuch in Frankreich absolvieren. 2022 hatte Staatspräsident Emmanuel Macron einen Staatsbesuch in den USA abgehalten. Für den 8. Juni ist eine Begrüßungszeremonie am Arc de Triomphe in Paris geplant. Vor dem French American Business Council werden Joe Biden und Emmanuel Macron anschließend eine Rede halten. Am Abend findet schließlich ein Staatsbankett im Élysée-Palast statt.

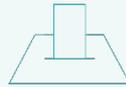
Emmanuel Macron gab nach den Gedenkfeiern zum 80. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie ein Fernsehinterview zu den großen internationalen Themen. Frankreich will der Ukraine eine ungenannte Zahl von Kampffjets vom Typ Mirage 2000-5 überlassen. „Bis Ende des Jahres sollten ukrainische Piloten für den Einsatz in Mirage-Kampffjets in Frankreich ausgebildet werden. Macron bestätigte, dass ein französischer Mitarbeiter einer Schweizer Hilfsorganisation in Russland festgenommen worden sei. Russische Behörden hatten zuvor gemeldet, dass ein Franzose unter Spionageverdacht festgenommen worden sei.“

Am 7. Juni hat der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj im Plenarsaal der Nationalversammlung eine Rede gehalten. Der ukrainische Staatschef ehrte Frankreich und die Kämpfer des Zweiten Weltkriegs am Tag nach den D-Day-Gedenkfeiern. „Unser Europa ist das Ergebnis des Mutes dieser Kämpfer“, sagte er. „Heute versuchen einige, Europa zu spalten [...] Europa zu destabilisieren“, beklagte Volodymyr Zelensky und bezog sich dabei auf Russland. "Putin ist das Anti-Europa. Wir haben nicht das Recht zu verlieren" betonte er.

In Frankreich wird gegen drei Männer ermittelt, die am Eiffelturm in Paris fünf Särge platziert haben sollen. Sie stehen unter Verdacht, „psychische Gewalt“ verübt zu haben, so die französische Staatsanwaltschaft. Die Särge waren mit einer französischen Flagge bedeckt, auf der „Französische Soldaten der Ukraine“ zu lesen war. Die russische Botschaft dementierte eine mögliche Beteiligung Russlands an der Aktion.

Der Kreml schloss am 4. Juni, nicht aus, dass militärische Schläge gegen französische Ausbilder, deren Entsendung derzeit zwischen Paris und Kiew diskutiert wird, verübt werden könnten. „Kein Ausbilder, der sich mit der Weiterbildung des ukrainischen Militärs befasst, hat „Immunität“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow vor der Presse. „Es spielt keine Rolle, ob sie Franzosen sind oder nicht“, fügte er hinzu.

Tausende Obdachlose wurden offenbar im Vorfeld der Olympischen Spiele aus Paris und Umgebung weggebracht. Laut eines Berichts der Aktivistengruppe „Le Revers de la Médaille“ („Die Kehrseite der Medaille“) seien allein in den vergangenen 13 Monaten 12.545 Menschen umgesiedelt worden, darunter Asylbewerber, Sexarbeiterinnen und Drogenabhängige, aber auch Familien mit Kindern.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Am 3. Juni haben die Abgeordneten der Nationalversammlung die Misstrauensanträge des Rassemblement National und der Partei La France insoumise zum Staatsdefizit abgelehnt. Der Antrag der Linkspopulisten, der vom Abgeordneten Mathias Tavel vertreten wurde, erhielt 222 Stimmen und wurde von allen Abgeordneten des Parteienbündnisses Nupes und des Rassemblement National angenommen. Der Antrag der Fraktion von Marine Le Pen, der vom Vizepräsidenten des RN, Sébastien Chenu, eingereicht wurde, erhielt nur ihre eigenen Stimmen - insgesamt 89. Ziel der Misstrauensanträge war es, die Regierung weniger Tage vor den Europawahlen zu stürzen, nachdem diese sich geweigert hatte, einen Berichtigungshaushalt für das Jahr 2024 vorzulegen. Denn nach einem Haushalt, der Ende 2023 mithilfe der Verfassungsklausel 49.3 verabschiedet worden war, ergriff die Exekutive trotz der Verschärfung des französischen Defizits vor einigen Wochen nicht die Initiative für einen Berichtigungshaushalt.

3
5 0
7 4 2 8
9 8 3 6 4
2 9 1 5
0 6 2 7
1 6 2 5
7

DIE ZAHL DER WOCHE

Das Sommerzugticket, mit dem junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren in diesem Sommer für 49 Euro pro Monat unbegrenzt im französischen Regionalnetz fahren können, wird seit dem 5. Juni verkauft. Ursprünglich wollte Emmanuel Macron ein allgemein gültiges Sommerticket anbieten. Das Projekt, das vom ehemaligen Verkehrsminister Clément Beaune vorangetrieben wurde, orientierte sich am Deutschland Ticket, scheiterte jedoch an der Zustimmung der Regionen, die die Tarife für das Regionalbahnnetz festlegen.